






**Dr. Ernst Dieter Rossmann**

Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik, 11011 Berlin

 (030) 227-73447

 (030) 227-76318

 ernst-dieter.rossmann@bundestag.de

[www.ernst-dieter-rossmann.de](http://www.ernst-dieter-rossmann.de)

# ***Pressemitteilung***

15. Oktober 03

## **CDU soll bei der Gemeindefinanzreform über ihren Schatten springen!**

(Berlin) „Jetzt müssen die Kommunalpolitiker der CDU Druck auf ihre Bundestagsfraktion und die CDU-geführten Landesregierungen machen, damit die Reform der Gemeindefinanzen auch wirklich mehr Geld für die Städte und Gemeinden bringt.“ Diese Forderung stellt der Kreis Pinneberger SPD-

Bundestagsabgeordnete Dr. Ernst Dieter Rossmann, nachdem die Koalitionsfraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen ein kommunalfreundliches Modell für die zukünftige Ordnung der Gemeindefinanzen in den Bundestag eingebracht haben.

Im Gegensatz zu den bisherigen Plänen der Regierung sollen die Entlastungen für die Kommunen auf drei Milliarden Euro wachsen. Hinzu kommen sollen außerdem Entlastungen durch die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe mit einem Betrag von 2,5 Milliarden Euro. Rossmann: „Es geht aber nicht nur um die

Entlastung, sondern auch um die Verstetigung der kommunalen Finanzen. Auch hierzu hat die SPD jetzt konkrete Vorschläge auf den Tisch gelegt, die sich stark an den Forderungen der kommunalen Spitzenverbände orientieren.“

Mit den neuen Vorschlägen der SPD soll dafür gesorgt werden, dass die Gewerbesteuer als einzige originäre Kommunalsteuer erhalten bleibt. Die SPD will dabei erreichen, dass in Zukunft Umgehungsstrategien der Großunternehmen entgegengewirkt wird, während kleinere und mittlere Betriebe entlastet werden sollen. Die Regelung über die Einbeziehung von ertragsunabhängigen Elementen für Unternehmen, die gegenseitig mit mindestens einem Prozent beteiligt sind, sollen eine Gerechtigkeitslücke schließen. Zinsen, die innerhalb von verbundenen Unternehmen gezahlt werden, sollen voll in die Bemessungsgrundlage einfließen. Gleichzeitig werden kleinere und mittlere Betriebe mit geringem Gewinn durch Erhöhung der Freibeträge geschont.

Die von den Kommunen aus ihrem Gewerbesteueraufkommen an Bund und Länder zu zahlende Umlage soll von knapp 29 auf 20 Prozent gesenkt werden. Das allein soll jährlich 2,3 Milliarden Euro für die Kommunen bringen. Rossmann: „Jetzt muss die Union mitspielen, damit es wirklich zur Entlastung der Städte und Gemeinden kommt. Hier sind jetzt die Kommunalpolitiker und Bürgermeister aus der CDU gefordert, ihre Oberen ordentlich einzuheizen und sich wirklich als glaubwürdige und konsequente Sachverwalter der Kommunen zu engagieren.“ Sollten sich allerdings die Stimmen aus der CDU durchsetzen, die die Gewerbesteuer komplett abschaffen wollen, fürchtet der Abgeordnete Schlimmes für die Städte und Gemeinden.

Auch Plänen in der CDU, die Gemeindefinanzreform aufzuschieben und erst zu einem späteren Zeitpunkt zu verhandeln, erteilt der Abgeordnete eine klare Absage. Rossmann: „Es geht nicht, dass gerade die CDU-Kommunalpolitiker erst massiven Druck auf die Bundesregierung ausüben, dass endlich etwas zur Sanierung der kommunalen Finanzen geschehen muss, und wenn die Bundesregierung und die Koalitionsfraktionen gute Pläne hierzu vorlegen, soll alles erst einmal wieder aufgeschoben werden. Jetzt muss auch die CDU für die Städte und Kommunen über ihren Schatten springen.“